

Das Einigungsprogramm der Sozialdemokratie.

Während der wirtschaftlich so arg geschwächte deutsche Wirtschaftskörper infolge des Scheiterns der Londoner Konferenz...

Was Deutschland alles erleidet!
Ablieferung und Zerstörung von Luftfahrtmaterial.

1. Luftschiffe.
Wieder sind die Luftschiffe 71, 72, 61, 64, 2. 3. 113, 2. 3. 120 sowie die Verkehrs- und Postschiffe...

2. Flugzeuge.
Ursprünglich Bestand (Anfang bis 1. Febr. 1922) 14 014 Flugzeuge, 27 711 Motoren, 49 902 Magnete und Anlässe...

3. Wasserstoff- und Fesselballongeschütze.
Erst am 1. Juli 1920 hat die Volksherrschaft gegen unsern Einspruch entschieden, daß außer dem Gerät zur Herstellung des Wasserstoffgases...

Gelsenkirchen-Hattingen-Witten-Herne in Bochum teil. Besprochen wurde u. a. auch die Tagung des Wahlkreisjugendausschusses...

Kreisverein Hattingen. Holfhausen.
Am Dienstag, den 19. Sept., abends 8 Uhr, versammelt sich die hiesige Jugendgruppe im Lokale Brinmann...

Berufungskalender der Jugendgruppen.

Table with 4 columns: Jugend-Gruppe, Lokal, Tag, Zeit. Lists meetings for Kreisverband Bochum and Kreisverband Gelsenkirchen.

Table with 4 columns: Kreisverband Hattingen, Kreisverband Witten, Kreisverband Herne. Lists meetings for these groups.

Verantwortl. Redakteur Ernst Renner, Bochum. Druck und Verlag: W. St. und L. Schwanitz-Gesellschaft Bochum.

Preisfugendtagung in Siegen eingehend besprochen. Herr F. Wenzel hielt dann einen Vortrag, indem er die politische Lage schilderte...

Die Arbeitsgemeinschaft der Jugendgruppen der Deutschen Volkspartei Bochum ist von der Eisenbahndirektion Essen als Jugendpflegeverein anerkannt...

Kreisverein Bochum. Bochum-Stadt.
Die Zusammenkunft der Jugendgruppe am 5. September war sehr gut besucht. Nach den Begrüßungsworten des 2. Vorsitzenden...

Kreisverein Witten. Witten.
Freitag, den 8. September fand eine gut besuchte Zusammenkunft der Jugendgruppe statt. Der Abend brachte eine angenehme Unterhaltung...

Kreisverein Gelsenkirchen. Gelsenkirchen.
Die letzte Zusammenkunft wurde vom Schriftführer H. Mehn geleitet, der einen längeren Vortrag über die Technische Notlage hielt...



Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Die Arbeiterbewegung in Deutschland...

Der Punkt für genommen, der ihrer bisherigen Tätigkeit in den Regierungsgeschäften seit 1918 entsprach. Die für Deutschlands Niedergang so verhängnisvolle und politische auch so kurzfristige Hilfe, die das Arbeiterzentrum und die bürgerliche Demokratie der Sozialdemokratie in so weitgehender Weise hat angedeihen lassen, haben nunmehr durch eine Förderung der sozialistischen Machtverhältnisse die Zustände so weit getrieben, daß Deutschland allen Entzies vor der Entscheidung steht, ob es restlos im sozialistischen Unrat verfallen oder ob es durch einen klaren, energiegelichen Schritt die bürgerliche Linie in seiner neuzeitlichen Politik, die heute eine Politik der Wiederaufbaues repräsentiert, weiterherstellen will.

Der Wille in Deutschland, über die Weimarer Verfassung hinaus zum reinen sozialistischen Staat zu gelangen, ist klar und eindeutig als das Ziel dieses sozialistischen Aktionsprogramms gekennzeichnet. Wir halten es nicht für notwendig, in diesen Zeiten und vor dem Festtreten, über die in diesem Aktionsprogramm besonders unterzeichneten wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Sozialismus zu verbreiten. Aber auf das eine wollen und müssen wir hinweisen, daß dieses Aktionsprogramm es unüberbittelt ausdrückt, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet. Mit diesem Satz legen die beiden Sozialdemokraten ein offenes Bekenntnis darüber ab, daß ihr ganzes Geschick, ihr ganzes Gerede über den Schicksal der Verfassung nur von dem einen Gedanken beseelt ist, die Verfassung von Weimar zu brechen zugunsten der Etablierung eines reinsozialistischen Staates. Es gehört zum klar herabzupringenden Wesen der Verfassung von Weimar, daß sie nach harten Kämpfen in der Nationalversammlung den sozialistischen Staat glatt ablehnte. Die seit Erbergangs und Mathensens Ermordung recht ausführenden Weimarer und Reiter der Weimarer Verfassung entpuppen sich hier ganz offen und unüberbittelt als die Bannerträger eines grundlegenden Umsturzes der Weimarer Verfassung.

Es mag zu den Eigentümlichkeiten proletarischen und sozialistischen Kampfes gehören, diesen Kampf „für die Verwirklichung des Sozialismus“ in Einklang zu bringen mit einem gleichzeitigen Sturm auf „alle Verfassungen zur Wiederherstellung der Monarchie“. Wir machen keinen Hehl daraus, daß wir nach der Verfassung von Weimar, auf deren Boden wir stehen, eine gewalttätige Wende eintreten lassen, eine Verfassung als einen Verfassungsbruch ansprechen, ja noch mehr, zur Stunde als eine politische Torheit sondergleichen verurteilen müssen, wir leben aber wirklich nach unserem Kampfesbegriff nicht ein, daß ein heftigster Bewerter: nach dem Wesen der Verfassung von Weimar von rechts oder links. Auf jeden Fall bestreiten wir nach wie ein Kampfesfinden auf das entscheidende, daß diejenigen, die die Weimarer Verfassung als Vorposten für den sozialistischen Staat ansprechen, das Recht haben sollen, sich als die gegebenen Weimarer Verfassung auszuspielen. Die ganze Abwegigkeit der verfassungswidrigen Denkwelt der Sozialdemokratie tritt bei diesem aufdringlichen „Schutz der Verfassung“ zutage, wenn man erwägt, daß eine maßgebend sein wollende deutsche Regierungspartei sich zum Stützen eines Aktionsprogramms hergibt, das eine Verurteilung der Verfassung von Weimar in den reinsozialistischen Staat hinein als ihr Endziel angibt.

Am weiteren propagierten dieses Aktionsprogramms in diesen Stunden höchster Wirtschaftskrise eine weitere Vertiefung der freigelegten „Regierungskrise“, tritt für eine „Sozialisierung der Schließungsindustrie“, insbesondere des Bergbaues, ein, wird sich pathetisch zum Anwalt der Koalitionsfreiheit auf, offensichtlich dabei die handliche Unbändigkeit der Sozialisten gegen „Kirche“ und „Christen“ verheißend, kauft Sturm gegen „alle Angriffe auf den Weltfrieden“, um schließlich in der internationalen Sozialpolitik „den Geist des internationalen Sozialismus“ als den wahren Friedensbringer der Zukunft hinzustellen. Nicht bemerkens-

wert schließt dieses Manifest mit dem Satz: „Mit erhöhter Siegeszuversicht, mit gestärkter Kraft wird sich dann die historische Sendung der arbeitenden Klasse vollenden: die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft.“ Abgesehen von den bekannten sozialistischen Phrasen, die seit Engels, Marx, Bakunin und Bebel immer dieselben geblieben sind, liegt der Schwerpunkt dieses Aktionsprogramms der geringsten Sozialisten in der verfassungsmäßigen, aber doch recht deutlich erkennbaren Unterbindung der beiden Hauptgruppen der deutschen Sozialdemokratie, die die Regierung im neuen Deutschland nunmehr an sich zu reißen. Wenn die Sozialdemokratie in Deutschland den bitteren Ernst der Stunde versteht und ihre Pflicht mutig und unerschrocken erfüllt, kann und darf dies nun und nimmer geschehen. In Deutschland gibt es auch heute noch keine sozialistische Mehrheit. Das traurige Schicksal Russlands klopft an unsere Tore: Deutschland erwache aus seinem bösen Fiebertraum! Nun und nimmer kann ein sozialistisches Deutschland auf irgendwelche Hilfe, auf irgendwelche Gesinnungs- und Wiederaufbaupolitik rechnen! Deutschland, wo ist jetzt dein Bürgerlob? Bilde ihn, ehe es zu spät ist.

Reichstagsabg. Dr. Cremer in Bochum.

Am Dienstag, den 12. September 1922, sprach sich in der „Harmone“ in Bochum der Reichstagsabgeordnete Dr. Cremer vor geladenen Mitgliedern und Freunden unserer Partei vertraulich über die Eindrücke aus, die er auf seiner achtmonatigen Studienreise nach Moskau und Leningrad in Sowjet-Russland gewonnen hat. Da Herr Dr. Cremer erst wenige Tage vorher von dem beruhten zurückgekehrt war, so konnte man von berufener wirtschaftlicher Seite die neuesten Tatsachen über die Verhältnisse unseres großen östlichen Nachbarn erfahren. Da die Ausführungen nicht für die weitere Öffentlichkeit bestimmt waren, so können wir hier nur andeuten, daß sie beträchtlich abweichen von den Berichten, die uns bis in die letzten Monate hinein von Russland erstattet wurden, auch abweisen von den Berichten unseres Parteifreundes Dr. Hugo, was aber nicht in der Person, sondern im Wesen der Sache begründet war. Seitdem Dr. Hugo seine Reise in Russland machte, haben sich die Verhältnisse dort sehr stark verschoben, ein auf Kapitalismus hinarbeitendes Russland, das, was niemand vor kurzem noch für möglich hielt, auf einmal der Privatwirtschaft freie Bahn gewährt, sucht Anschluss mit den großen Wirtschaftsmächten der Erde, mit England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und nicht zuletzt mit Deutschland. Die Führer des ehemaligen zaristischen Reiches sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Kommunismus undurchführbar ist. Diese schon seit einigen Monaten erkennbare Tendenz hat gegenüber Deutschland zunächst ihren Ausdruck in dem Kapallvertrag gefunden, der vom Gesichtspunkt der deutschen Politik der von Leningrad ist. Ihm sind weitere Abkommen zwischen einzelnen Wirtschaftskreisen beider Länder gefolgt, wobei jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf, daß ähnliche Wirtschaftsverträge auch von Russland mit anderen Staaten getätigt sind. Eine innerpolitische Rückwirkung der russischen Zustände auf Deutschland befürchtet Dr. Cremer nicht. Der Bolschewismus und die ihm vorausgegangene blutige Revolution war in Russland die Reaktion eines Absolutismus, der seinerlei soziale Erleichterung seinem Volke gewährt hatte, während bei uns in Deutschland durch die seit vierzig Jahren fortgesetzte soziale Gesetzgebung, durch die Bildung und Schulung des gesamten Volkstums eine so starke Reaktion, wie sie der Osten gebracht hat, keinen Nährboden fand.

Dem Redner, der über 1 1/2 Stunden sprach, wurde reichlich Dank für seine lehrreichen Ausführungen gezollt, die die Veranlassung zu einem regen Meinungsanstausch boten, bei dem Herr Dr. Cremer weitere wertvolle Aufschlüsse gab. Wir seiens unserer Parteileitung möchten nicht verfehlen, dem geschätzten Abgeordneten auch an dieser Stelle unseren Dank dafür abzustatten, sofort nach seiner Rückkehr aus Russland in Bochum das Wort über den wichtigen Gegenstand zugehen zu haben.

Um den Rest des deutschen Goldes.

Die Leute in Deutschland, die immer noch glauben, Zeigen von den Dornen und Trüben von den Dilemmen zu können, sind wieder einmal „aberrant“. Zu ihnen gehören auch die gegenwärtigen Leiter unseres Staates, deren in den letzten Tagen bemerkter Optimismus in schärfstem Gegensatz stand zu dem furchtbaren Ernst der Situation. Es hat wirklich keinen Sinn mehr, noch weiterhin die Politik des Vogel Strauß zu treiben. Man muß sich daran gewöhnen, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Man muß Schluss machen mit den ewigen Selbsttäuschungen. Mit der Erfüllungspolitik, so wie sie bisher getrieben wurde, geht es nicht mehr. Es geht absolut nicht mehr. Der Wagen sitzt fest. Deutschland wird um die bittere Entscheidung nicht herumkommen.

Der ganze vorläufige Zahlungsausschub, der angeblich um den Wege der unmittelbaren Verhandlungen mit Belgien gewährt werden sollte, stellt sich nun als ein neues Alibi dar, auf den Rest des deutschen Goldes heraus, nur in anderer Form als die bisherigen dahingehenden Versuche. Wir haben seit Jahr und Tag ein gesundes Misstrauen in die Absichten der Gegner Deutschlands bewahrt und immer wieder bekräftigt, daß zum Schluss doch das Gold der Reichsbank an die Reihe kommen würde. Wir haben dem auch wiederholt Ausdruck gegeben und betont, daß nach dem uns Daniel, Nox und Hox genommen sind, es jetzt um das Geld gehe. Die Gegner ruh'n nicht, solange es noch etwas zu plündern und zu rauben in Deutschland gibt.

Deutschland soll 100 Millionen Mark in Gold im Ausland, nach einer Meldung sogar in der Brüssel Nationalbank, hinterlegen. Wenn es nicht inständig ist, die Zahlung zu leisten, für die das Gold als Pfand dienen soll, so verfallt das Gold. Das Deutschland und nicht zahlen kann, steht aber schon fest. Ist die erste Rate erledigt, so kommt zugleich eine zweite, dann eine dritte und vierte dazu, die nicht gezahlt werden kann und für die deshalb das gleiche Pfand gefordert werden und in der gleichen Weise verfallen wird. So lange, bis das letzte deutsche Goldstück aus der Reichsbank veräußert ist. Man bedenke, daß 100 Millionen Gold mehr als ein Drittel des heutigen Goldbestandes der Reichsbank darstellt! Lange würde es also nicht dauern, bis wir vor dem absoluten Nichts ständen.

Mit dem Opfer des Goldes wäre aber — ganz abgesehen von den schlimmen Folgen für die Saluta — nichts gewonnen. Denn wir stünden nach einem halben Jahre genau so vor der Unmöglichkeit der Erfüllung wie heute, nur daß wir inzwischen völlig arm geworden wären. Es ist der Vorgang, den wir in den letzten Jahren immer wieder beobachtet konnten.

Begegnend für die bei unsern Gegnern während des Krieges und seit seiner Beendigung eingetretene Verunsicherung der Eiten ist, daß die französischen Truppen bei ihrem ersten Einmarsch in Weimar in den Elbst im August 1914 das Gold der dortigen Reichsbank als Privateigentum respektierten, während jetzt die Hand nach diesem privaten Besitz ausgestreckt wird. Man muß sich immer wieder vor Augen halten: dieses Gold gehört gar nicht dem Reich, und doch soll es darüber verfügen, als ob es ihm gehörte! Willigt die Regierung in dieses Verlangen ein, dann ist kein Halten mehr. Dann ist das selbst durch den Verfallenen Vertrag noch gewährte Prinzip, daß Privateigentum nicht zur Bestreitung der Reparationen dienen darf, durchbrochen. Dann wird nach dem Golde der Reichsbank der deutsche Industriebeiz an die Reihe kommen und in das Fass ohne Boden geworfen werden. Nach dem Verfallenen Vertrag sind die Reparationsverpflichtungen dann zu überprüfen, wenn das Reich am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, nicht aber, nachdem die Privaten ihr letztes Eigentum für die Reparation beigegeben haben. Diese letzte Möglichkeit ist in der Verfallenen Vertrag nicht einmal angedeutet, sie wäre auch eine gegen jedes Völkerecht verstoßende Angelegenheit.

Die Aussichten Frankreichs im Ringen mit England sind durch den Ausgang der Kämpfe zwischen Türken und Griechen gefährdet. Die Gefahr, daß Deutschland bei

den Verhandlungen um Kleinasien von England gepöbelt wird, ist riesengroß. Man darf sich heute weniger denn je der Hoffnung hingeben, daß die seit Jahren mit solcher Konsequenz gegenüber Deutschland getriebene Reparationspolitik, die Politik eines großen Frankreichs, die so ganz auf der Linie der traditionellen französischen Politik liegt, jetzt in einem Augenblick aufgegeben wird, um ihre Chancen so groß sind wie kaum jemals zuvor. Hat doch Balfour noch vor wenigen Tagen die himmelstreichende Sozialpolitik der Franzosen gutgeheißen, ja gelobt. Es ist auch nicht anzunehmen, daß das Stinnes-Abkommen die hohe Politik Frankreichs in andere Bahnen lenkt, selbst wenn es zu glatter Abwicklung gelangen sollte. Man wird sich daran tun, dieses Abkommen in erster Linie als Geschäft zu behandeln und zu beurteilen und einzuweisen darauf zu verzichten, politische Kombinationen daran zu knüpfen.

Schwarz-weiß-rot und Sowjetstern.

Der Vorsitzende des Bürgerbundes der Stadt Gelle richtete kürzlich an die Polizeidirektion von Gelle, d. H. des Oberbürgermeisters Denke, ein Schreiben, worin er Klagen und Beschwerden weiterleitete über „das ständige Umherziehen von Trupps jugendlicher Reute, die unter dem Winkeln revolutionärer Rhetorik die rote Fahne mit dem Sowjetstern hantieren“. Er führte dazu u. a. aus:

„Es erregt beargwöhnend sehr starken Anstoß in weitem Bevölkerungskreis, daß keine behörliche Stelle diesem offenbar aufzudeckenden Verhalten solcher politischer Gruppen die unbedingt gebotene Zurückhaltung auferlegt. Die Erregung politischer Unruhe ist um so verständlicher wegen der Tatsache, daß sowohl aus Rücksicht auf die Erhaltung der öffentlichen Ordnung, als auch auf die öffentliche Sicherheit und Tragen, sowohl als öffentliche Kundgebungen als auch das öffentliche Zeigen und Tragen nationaler Abzeichen und Fahnen von bürgerlicher Seite unterbleibt. Ein in jeder Hinsicht unter dem gleichen Recht stehender Volksteil kann es sich jedoch auf die Dauer unmöglich gefallen lassen, daß einem politisch andersgerichteten Volksteil, dessen staatsunfähige Tendenz bekannt ist, weitergehende Rechte eingeräumt werden, als ihm selbst, und so ist zu befürchten, daß es zu ernstlichen Unruhen kommt, wenn hier nicht bald durch die zuständigen Behörden Wandel geschaffen wird. Ich habe nun den Auftrag, die Polizeidirektion unterer Stadt zu fragen, ob sie in der Lage ist, die vorher geschilderten Unruhen mit roten Sowjetsternen zu unterlegen, und ob sie bereit ist, solcher eventuellen Unterlegung Geltung zu verschaffen. Ich bemerke ausdrücklich, daß es sich für unsere bürgerliche Bevölkerung lediglich um das Gesicht handelt, daß revolutionären Kommunisten größere Freiheiten im deutschen Vaterlande zuteil werden, als seinen übrigen treubürgerlichen, bürgerlichen Volksteilen... ufo.“

Darauf ist vom Oberbürgermeister folgende Antwort gekommen:

„Nach Art. 118 der Reichsverfassung hat jeder Deutsche das Recht, innerhalb der Schranken des allgemeinen Gesetzes seine Meinung durch Wort... oder in sonstiger Weise zu äußern, also auch durch Umzüge, Tragen von Fahnen mit besonderen Farben oder Abzeichen ufo., sei es von Angehörigen der Reichs- oder Landesparlamenten, Infolge der bekanntesten, höchst verlässlichen Ereignisse sind jetzt aber Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Republik erlassen, die sich der Lage entsprechend, gegenwärtig besonders gegen Ausbreitungen rechtsrevolutionärer (!) Elemente richten. Demgemäß hat der Herr Minister des Innern zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung das Tragen Schwarz-weiß-roter Fahnen und Abzeichen verboten, während ein solches Verbot gegen das Führen der sogenannten Sowjetfahnen nicht ergangen ist. Ob und weshalb das Verbot demnach — auch von der Polizei — zu erlassen wäre, hängt von den Umständen ab. Lassen am Umzüge mit Sowjetfahnen Personen anderer Gesinnung Anstoß nehmen, kann ein polizeiliches Einschreiten nicht rechtfertigen ufo.“

Also mit anderen Worten: Wenn Personen anderer politischer Gesinnung Anstoß an der rühmreichen Schwarz-weiß-roten Fahne nehmen, dann ist das ein Grund zum Einschreiten. Wird aber der Sowjetstern, das Symbol des Umsturzes und der Diktatur, nicht in Gefahr? Wie sagte doch der Reichspräsident in seiner Kundgebung zur Verfassungsfeier? „Recht soll uns e nig zusammenhalten!“

Uneinige Kampfesbrüder.

Kommunisten, Unruhen und Sozialisten hegen sich heftigst seit Jahr und Tag bitter in den Säcken. Trotz aller Versuche, die Gegensätze zu mildern, treten diese doch immer wieder in verheerendem Maße hervor. Ein besonders „schönes“ Bild der „trauten Harmonie“ zwischen den feindlichen Brüdern bieten die parteipolitischen Verhältnisse in Gelsenkirchen. Hier ringen die Führer der Sozialpartei um die Seele des Arbeiters und überbieten sich in wilden Schimpfereien und kindischen Verwünschungen. Wenn auch bisher der Haß wenig über den Rahmen der eigenen Presse und über Werkskammerkammungen ufo. hinausgegangen ist, so liegt das daran, daß man nicht will, daß sich weitere Kreise hiermit beschäftigen. Aber am Sonntag kam die Sache zum Plagen. Große Schläger luden mal wieder zu einer neuen Massenkundgebung ein, die auf der Wiege stattfinden sollten und in der das Mittelteil gegen den Hunger gefunden werden sollte, weil ein kluger Referent erdachte, daß alles das sagen würde, was eines jeden Menschen Herz und Leib befreit. Der Bericht ließ nichts von Massen Speis, nur etwa 1000 Personen hatten das Spiel, das da kommen würde. Und es kam. Zunächst ein Unabhängiger: Ein Gemeindeführer, der die Bitterkeit des Wortes „Der Massen Dank ist jüchlicher Dank“ vielfach an seinem Beize erfahren hatte. Er mahnte zur Vernunft und ließ damit in ein gar greuliches Wespennest. Als er z. B. sagte, daß ein Kaufmann die Ware mindere nicht billiger als zum Einkaufspreis verkaufen könne, rief man ihm garricht schöne Schimpfwörter zu. Die größten Maulhelden der Stadt, die durch Eingehen auf die Forderungen herunter zu kriegen. Umsonst! Die Kommunisten hatten zu gut vorgesorgt, und als der bekannte Kommunist K. u. h. a. u. s. e. n. ergriffen und losdonierte, da hatte man alles vergessen, was vorher ein vernünftiger Mensch gesagt hatte. „Ich werde euch eines Tages rufen, und dann sehen wir die Preise fest!“ donierte es über den zweiten Platz. Unwillkürlich dachte man an die Gestalten in Ringeform, die die ersten Plünderer bei den letzten Rufen waren. Wer es kam noch schöner. Der erste Redner wollte noch mehr sprechen. Aber flugs stand vor ihm ein Jüngling in kommunistischer Kleidung: offener Brust, keine Strümpfe, Kniehosen ufo., und trotz Widerstands begann er. Wenn es auch unnötig war, was man in dieser nahme seiner Rede, was man in dieser Massenversammlung erwartete. Natürlich blieb die Vernunft in der Minderheit, und als der Mann sich nach einigen Stunden mühsamer Arbeit trennte, da war jeder Mensch davon überzeugt, daß die Margarine nicht billiger und das Fleisch noch genau so teuer sein würde. Wer es war eben einmal eine Kundgebung, und wenn die nicht jeden Sonntag stattgefunden hat, dann haben die Herrschaften eben keinen Sonntag.

Am Sonntag, den 10. September fand bei Schillenhof in Bochum eine Vertreterversammlung der Arbeiterbewegung der Jugendgruppen im Kreisverband Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Mittenherne statt. Nach einigen Begrüßungsreden des 1. Vorsitzenden, Herrn E. Wille, gab Herr R. Kammermann, eine Fülle von erfolgreicher Arbeit im letzten halben Jahr vom Vorstand berichtet. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden die in Blankenstein eingeleiteten sowie neue Anträge für die Wahl

Aus unseren Bezirken

Gesamtvorsitzender Geheimrat Dr. Wehrmann Bochum.

Vorsitzender: Rektor Surmann, Bochum, Reichshof 14.

Geschäftsstelle: Bochum, Bongardstraße 15 III, Fernsprecher 269.

Am Montag, den 18. September, abends 6 Uhr, findet bei Fritz Kellen, Bochum, Meeßstraße 9, eine Sitzung des Schulausschusses

1. Tagesordnung: 1. Parteitag in Siegen, 2. Vortrag von Herrn Seminarleiter Petri über „Die deutsche Oberschule in Bochum“, 3. Verschiedenes.

Am Freitag, den 29. September spricht der Reichstagsabg. Geheimrat Dr. Quast in Bochum. Einladungen ergehen noch. Der Bezirksverein in Hamme III hielt am Sonntag eine Versammlung im Lokale Westermann an der Kalkenstraße ab. Die selbe wurde vom Vorsitzenden Herrn Wisse geleitet. Herr Droske hielt einen Vortrag über das Thema: „Welche Vorgänge spielen sich auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet ab?“ Redner erläuterte eingehend die Verhandlungen mit Belgien in der Reparationsfrage und das Stinnes-Abkommen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich. Die hochtollen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. An der Aussprache beteiligten sich namentlich die Herren Wisse und Schuppert. Zur Beilebung des Versammlungsbefehls soll eine rege Werbetätigkeit entfalt werden.

Der Bezirksverein Weimarer Markt tagte am gleichen Tage im Vereinslokal Märker, Brünnergasse 10. Nach Besprechung der politischen Lage wurden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt.

Kreisverein Gelsenkirchen.

Vorsitzender: Rektor Weber, Gelsenkirchen, Schulstraße 9, Fernspr. 2316.

Geschäftsstelle: H. Mehn, Gelsenkirchen, Hochstraße 78, Fernspr. 1976.

Alle Herren Ortsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Gruppen werden gebeten, die Angaben über die Teilnehmer an einer Parteitag sowie die Ergebnisse der Wahlen zum Hauptvorstand doch schnellstens der Geschäftsstelle, Hochstraße 78, evtl. telefonisch 1976, mitzuteilen. Die fehlenden Angaben erschweren die Arbeit ungemein.

Leitende Sonntag, den 17. Sept., morgens 11 Uhr, im Gladauf-Keller, Generalversammlung und Referat des Geschäftsführers.

Kreisverein Hattingen.

Vorsitzender: Architekt H. Berner, Hattingen, Talstraße 9, Fernspr. 548.

Geschäftsstelle: H. Kämpfer, Hattingen, Kreisstraße 12, Fernspr. 337.

Königskeule. Am 10. September veranstaltete die Ortsgruppe mit der Jugendgruppe einen Ausflug nach Niedling-Altenhof. Zahlreich hatten sich die Parteifreunde mit Familie eingefunden. Ansprache, Gesang, Theater, Kinderbelustigung und Belosung füllten den Nachmittag aus. Gegen 8 1/2 Uhr wurde der Rückmarsch angetreten.

Kreisverein Herne.

Vorsitzender: Stellvertreter Bergasse, Herne, Fernspr. 518.

Geschäftsstelle: E. Gehrt, Herne, Steinweg 2, Fernspr. 638.

Der Vorstand des Bezirkes 2 hielt eine Versammlung ab, in der man über die Herbstarbeit sprach. Es wurde beschlossen, anschließend an den Parteitag in Siegen eine Versammlung zu veranstalten; für Ende Oktober ist ein Familienabend geplant. Außerdem wurden noch weitere organisatorische Fragen erörtert.

Unsere Jugend.

Aus der Arbeit.

Am Sonntag, den 10. September fand bei Schillenhof in Bochum eine Vertreterversammlung der Arbeiterbewegung der Jugendgruppen im Kreisverband Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Mittenherne statt. Nach einigen Begrüßungsreden des 1. Vorsitzenden, Herrn E. Wille, gab Herr R. Kammermann, eine Fülle von erfolgreicher Arbeit im letzten halben Jahr vom Vorstand berichtet. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurden die in Blankenstein eingeleiteten sowie neue Anträge für die Wahl